

<https://test.rtde.xyz/wirtschaft/150363-krisen-und-insolvenzticker/>

23.10.2023

"Allgegenwärtige Insolvenzgefahr": Bereits neun Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen stehen vor dem Aus

In Nordrhein-Westfalen haben allein in diesem Jahr neun Krankenhäuser ein Insolvenzverfahren beantragt. Das teilte die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) am vergangenen Mittwoch mit.

Auch das bekannte Alfried-Krupp-Krankenhaus in Essen-Steele ist nun von einem "Schutzschirmverfahren" betroffen, sagte KGNW-Geschäftsführer Matthias Blum, der Düsseldorfer Rheinischen Post.

Angesichts "steigender Personal- und Energiekosten" mahnte Blum eine nachhaltige Finanzierung durch die Krankenkassen an, sonst werde es nächstes Jahr weitere Schließungen geben. Die Beitragszahler können sich daher auf noch höhere Abgaben einstellen.

Wie das Handelsblatt heute schreibt, würde auch das am Freitag im Bundestag beschlossene "Krankenhaustransparenzgesetz" keine grundsätzliche Abhilfe schaffen. An der drohenden Pleitewelle im Gesundheitswesen und dem Kliniksterben dürfte sich nur wenig ändern. Zwar soll das neue Gesetz die Liquidität der Krankenhäuser um etwa fünf Milliarden Euro erhöhen und das Geld schneller von den Krankenkassen zu den Kliniken gelangen, doch der Chef der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Gerald Gaß, spricht dennoch von einer "allgegenwärtigen Insolvenzgefahr".

Das Handelsblatt zitiert Angaben der DKG, denen zufolge gegenwärtig der Stand von Insolvenzen so hoch sei wie nie. Seit November 2022, also nicht ganz innerhalb eines Jahres, sei die Zahl der betroffenen Krankenhausträger auf 28 und die der Krankenhäuser auf 36 gestiegen. Gleichwohl sei dies nur ein kleiner Teil der rund 1.900 Krankenhäuser in Deutschland – bisher.

<https://test.rtde.xyz/wirtschaft/150363-krisen-und-insolvenzticker/>

25.10.2023

Nachfrage nach Unternehmenskrediten sinkt

Die Nachfrage nach Unternehmenskrediten ist auch im dritten Quartal 2023 zurückgegangen. Das geht aus der aktuellen [Bankenstatistik](#) der Deutschen Bundesbank hervor. Die Banken hatten demnach im Vorquartal erwartet, dass diese unverändert bleibt.

In den ersten beiden Quartalen des vergangenen Jahres war die Unternehmenskredite noch um jeweils 37 Milliarden Euro gestiegen. Im ersten Quartal 2023 stieg ihr Umfang nur noch um 18 Milliarden, im zweiten Quartal nur noch um sieben Milliarden Euro.

Die Bundesbank nennt als wichtigste Faktoren für den Rückgang das allgemeine Zinsniveau und die rückläufigen Anlageinvestitionen.

Experten bewerten den Rückgang als Indikator für eine Rezession. Wenn sich Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler weniger verschulden, bedeute dies entweder, dass sie mit rückläufigen Geschäften rechnen oder dass die Banken die Vergabe der Kredite als zu riskant ansehen.

https://report24.news/immer-aerger-mit-den-akkus-analysten-warnen-elektroautos-koennten-bald-unversicherbar-sein/?feed_id=34485

23.10.2023

Immer Ärger mit den Akkus – Analysten warnen: Elektroautos könnten bald unversicherbar sein

Das erste Versicherungsunternehmen in Großbritannien hat [bereits beschlossen](#), vorerst keine E-Autos mehr zu versichern – und weitere könnten sehr bald folgen. Das Forschungszentrum eines bedeutenden Autoversicherers schlägt Alarm: E-Autos drohen demnach, unversicherbar zu werden.

Reparaturen bei E-Autos kosten nicht nur rund ein Viertel mehr als bei Benzinern oder Diesel-Fahrzeugen: Stromer sind auch ungleich empfindlicher. Ihre Akkus können [schon beim Überfahren von kleinen Unebenheiten](#) Schaden nehmen, was zu desaströsen Bränden führen kann. Besonders problematisch ist die schwierige Diagnose solcher Schäden: Als Vorsichtsmaßnahme werden E-Autos mit potenziell beschädigtem Akku oftmals [aus dem Verkehr gezogen](#) und dabei von anderen Autos isoliert abgestellt, um zu verhindern, dass ein Feuer sich im

Falle eines Falles auf umstehende Fahrzeuge ausbreitet und so noch schwieriger zu löschen wird.

Analysten schlagen Alarm

All das bedeutet für Autoversicherer schwer kalkulierbare Risiken und hohe Kosten. Da mögliche Schäden an den sehr teuren Akkus schwer zu diagnostizieren sind und sich gezielte Reparaturen sehr schwierig gestalten, mutieren Stromer schnell zum finanziellen Totalschaden.

Jonathan Hewett ist Geschäftsführer von Thatcham Research, dem Forschungszentrum der Thatcham Versicherungsgruppe, das sich mit Risikoanalysen in der Automobilbranche beschäftigt. Er schlägt gegenüber dem britischen [Telegraph](#) Alarm: Demnach drohen E-Autos unversicherbar zu werden.

<https://www.pv-magazine.de/2023/10/13/explosion-eines-30-kilowattstunden-batteriespeichers-zerstoert-wohnhaus/> 13.10.2023

Explosion eines 30-Kilowattstunden-Batteriespeichers zerstört Wohnhaus
Nach derzeitigem Ermittlungsstand geht die Polizei von einem technischen Defekt des Stromspeichers aus. Das Haus ist unbewohnbar und der Sachschaden wird auf eine mittlere sechsstellige Summe geschätzt. Nach Angaben des Hausbesitzers handelt es sich um ein LiFePo4-Speichersystem. (aktualisiert)

Zum Hersteller des Speichers will die Polizei aus Neutralitätsgründen keine Angaben machen.

In der zweiten Septemberhälfte war es bereits [wieder zu einer Reihe von Zwischenfällen gekommen](#), bei denen Photovoltaik-Heimspeicher in Brand gerieten. Insgesamt ist pv magazine auf fünf Fälle aus Deutschland und Österreich aufmerksam geworden.

<https://www.nius.de/News/direkt-am-wald-hier-brennt-ein-windrad-ab-das-keiner-loeschen-kann/67d17538-613d-497f-8d94-eadbf25e3a42>

24.10.2023

Direkt am Wald! Hier brennt ein Windrad ab, das keiner löschen kann
Eine Windkraftanlage im brandenburgischen Doberlug-Kirchhain ist vergangene Woche ausgebrannt.

Der Vorfall, der längst kein Einzelfall ist, offenbart ein grundlegendes Problem der gigantischen Stahl-Beton-Riesen: Wenn sie in Flammen stehen, gibt es keine Möglichkeit, sie zu löschen.

Trotzdem werden immer mehr Windparks in Wäldern gebaut.

Die Feuerwehrleute mussten machtlos dabei zusehen, wie das gigantische Bauwerk abbrannte – wie immer in solchen Fällen. Denn bei einer Rotorhöhe von rund 100 Metern reichen die Drehleitern und der Wasserstrahl der Löschfahrzeuge nicht hoch genug.

<https://telegra.ph/Der-Telekommunikationsriese-Nokia-plant-den-Abbau-von-14000-Arbeitspl%C3%A4tzen-da-die-Gewinne-einbrechen-und-der-5G-Markt-zu-k%C3%A4mpfen-10-20> 20.10.2023

Der Telekommunikationsriese Nokia plant den Abbau von 14.000 Arbeitsplätzen, da die Gewinne einbrechen und der 5G-Markt zu kämpfen hat

Der Telekommunikationsriese Nokia kündigte an, dass bis zu 14.000 oder etwa 16 % seiner Belegschaft entlassen werden, und [warnte, dass](#) der Zeitpunkt der Markterholung nach einer schwächeren Nachfrage nach 5G-Ausrüstung ungewiss sei.

[Bloomberg-Daten](#) zeigen, dass Nokia 86.000 Mitarbeiter beschäftigt. Das Telekommunikationsunternehmen sagte, dass ein "Neustart" erforderlich sei, "um seine Kostenbasis zu senken und die betriebliche Effizienz zu steigern, während gleichzeitig seine F&E-Kapazitäten und sein Engagement für die Technologieführerschaft geschützt werden". Bis Ende 2026 sollen die Kosten um 800 bis 1,2 Milliarden Euro gesenkt werden: "Das entspricht einer Reduzierung der Personalkosten um 10 bis 15 Prozent."

Der massive Personalabbau erfolgt, nachdem Nokia für das dritte Quartal einen Umsatzeinbruch von 20 % im Vergleich zum Vorjahr auf 4,98 Milliarden Euro gemeldet hatte. Der Gewinn brach von Juli bis September im Vergleich zum Vorjahr um bis zu 69 Prozent auf 133 Millionen Euro ein.

.....

<https://apollo-news.net/habeck-plant-medien-finanzierung-direkt-aus-dem-bundeshaushalt/> 25.10.2023

630 Millionen vom Staat an die Presse

Habeck plant Medien-Finanzierung direkt aus dem Bundeshaushalt
Die Ampel-Koalition belebt alte Pläne der Merkel-Ära wieder und will Zeitungsverlagen Millionenbeiträge überweisen - es ist Pressefinanzierung direkt aus dem Bundeshaushalt. Die Unabhängigkeit von hunderten Tageszeitungen steht infrage.

Erneut liegen in Berlin Pläne auf dem Tisch, die Zeitungsverlage in finanzielle Abhängigkeit von der Bundesregierung zu bringen. Schon die Große Koalition unter Angela Merkel wollte die Verleger mit 220 Millionen Euro bezuschussen. Der Plan scheiterte damals daran, dass das Wirtschaftsministerium unter Peter Altmaier keinen vernünftigen Schlüssel konstruieren konnte, nachdem das Geld ordentlich verteilt werden könnte. Die Ampel-Regierung will jetzt dort ansetzen – und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) will das Projekt zu Ende bringen.

Wie Tichys Einblick [berichtet](#), plant die Koalition, die Zeitungen großzügig zu subventionieren. Laut einem dem Magazin vorliegenden Papier aus dem Bundeswirtschaftsministerium sollen die Verlage schon 2025 insgesamt 630 Millionen Euro vom Staat erhalten. Auch die Union unterstützt die Maßnahme weiterhin. So soll zunächst vor allem das Print-Geschäft subventioniert werden. Das Geschäft mit gedruckten Zeitungen ist ein Verlustgeschäft – und ineffizient. 67.000 Zeitungen schickt zum Beispiel die Süddeutsche Zeitung jeden Tag in den Einzelverkauf. Nur 23.500 Exemplare finden einen Abnehmer – die restlichen 43.500 Exemplare nimmt man in München zurück. Von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gehen jeden Tag 58.000 Exemplare in den Verkauf – und 40.000 Exemplare wieder zurück, schreibt Tichys Einblick.